

## Antragstext

### 1 Lebenswertes und bezahlbares Wohnen in Köln

#### 2 Grüne Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft

##### 3 1. Einleitung

4 Wir Grüne sind nicht nur die Partei des Klimaschutzes, wir wollen uns auch aktiv  
5 dem Wohnungsnotstand in unserer Stadt entgegen stellen. Viele Menschen leiden  
6 unter exzessiven Mietsteigerungen und werden deshalb aus unserer Stadt oder  
7 ihren Quartieren verdrängt. Das ist vor allem Resultat einer neoliberalen  
8 Politik, die glaubte, den Wohnungsmarkt dem freien Spiel der Wirtschaft  
9 überlassen zu können. Auch einer von wirtschaftlichen Interessen gesteuerten  
10 Gentrifizierung wollen wir entgegenwirken. Niemand sollte mehr als ein Drittel  
11 seiner Einkünfte für die Kosten einer angemessenen Unterkunft aufwenden müssen  
12 und erst recht niemand ohne einen festen Wohnsitz leben müssen. Deshalb fordern  
13 wir ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen für Alle!

14 Dabei haben wir auf ganz Deutschland bezogen im Grunde genommen keinen Mangel an  
15 Wohnraum, sondern eine unpassende Verteilung. Während manche sehr große  
16 Wohnungen haben, müssen andere - vor allem Menschen mit geringem Einkommen und  
17 Familien - oft auf engem Raum zusammenleben. Und während wir in  
18 strukturschwachen Regionen eine Entvölkerung erleben, müssen Metropolen wie Köln  
19 die Herausforderung von kontinuierlichem Zuzug meistern. Eines der wichtigsten  
20 Ziele muss deshalb eine Angleichung der Lebensverhältnisse in unserem Land sein  
21 sowie zwischen Großstädten und ländlichem Raum.

22 Unser Ziel ist zugleich eine neue Wohnkultur, die auf Lebensqualität statt  
23 Größe, auf Gemeinschaftsgefühl statt Vereinzelung und auf Innovation statt  
24 Tradition setzt. Wenn ein Cambio-Wagen Ersatz für zehn Autos in Privatbesitz  
25 sein kann, dann müssen wir dem Grundgedanken der Sharing Economy natürlich auch  
26 auf dem Wohnungsmarkt zum Erfolg verhelfen.

27 Wohnungspolitische Diskussionen kranken oft an einem Mangel an Differenzierung.  
28 Was für Köln richtig ist, muss schließlich nicht für Duisburg, Erfurt oder  
29 Grevenbroich passen. Es gibt kein universelles Patentrezept, sondern einen  
30 Koffer voll möglicher Werkzeuge, die sich gegenseitig beeinflussen und nicht  
31 immer die gewünschte Wirkung haben. Wir GRÜNE wollen uns bei der Lösung des  
32 Problems von Fakten leiten lassen und in keinen Wettbewerb um die populärste  
33 Forderung eintreten. Die gravierenden Änderungen des Landesentwicklungsplan NRW  
34 durch die schwarz-gelbe Regierung können mehr Schaden anrichten als nützen.

35 Eine Bauförderung mit der Gießkanne ist nicht die Lösung. Ja, wir müssen mehr  
36 bauen, aber wir müssen gemeinwohlorientiert, sozial, ökologisch und klimagerecht  
37 bauen. Statt immer mehr Flächen zu versiegeln, sollten wir vor allem Bauland  
38 effektiver nutzen und die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbinden. Eine

39 Bebauung von Grün- und Naherholungsflächen in Köln lehnen wir strikt ab! Denn  
40 was nützt bezahlbarer Wohnraum in einer nicht mehr lebenswerten Stadt?

41 Für eine erfolgreiche Wohnungspolitik müssen wir strategisch und mit allen  
42 relevanten Akteur\*innen gemeinsam planen. Wir sehen Architekt\*innen,  
43 Bauunternehmen und Vermieter\*innen nicht als Gegner\*innen, sondern Partner\*innen  
44 bei der notwendigen integrierten Quartiers- und Sozialraumplanung, deren  
45 Sichtweisen wir ernst nehmen und deren Erfahrung wir nutzen wollen.

46 Wir GRÜNE wollen die Partei des "Yes, we can" und kreativer Lösungsansätze sein  
47 und nicht des Status quo und der Besitzstandswahrung. Ein lebenswertes Köln muss  
48 ausreichenden bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum nicht nur für hier Lebende,  
49 sondern auch z.B. für die tausenden jedes Jahr neu zu uns kommenden Studierenden  
50 bieten. Dazu brauchen wir einen auf allen Ebenen aktiveren Staat, mehr  
51 finanzielle Mittel, konsequentes und schnelles Verwaltungshandeln, neue  
52 innovative Wohnformen und eine Besinnung auf unser Gemeinschaftsgefühl.

## 53 2. Strategisch planen

54 Erfolgreiche Wohnungspolitik erfordert mehr staatliche und städtische Ressourcen  
55 sowie integrierte Konzepte, die neben Wohnraum auch kurze Wege zum Arbeitsplatz,  
56 zu Schulen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten, zu ärztlicher Versorgung sowie  
57 Begegnungsräumen einplanen. Wir brauchen eine zeitgleiche ÖPNV-Anbindung bzw.  
58 Kapazitätserhöhung und nachhaltige Lösungsansätze zusammen mit den Kölner  
59 Umlandgemeinden, um diese deutlich besser infrastrukturell zu vernetzen.

60 Unser Ziel ist, für sozialen Frieden und eine bunte Mischung in unserer Stadt zu  
61 sorgen. Dazu wollen wir u.a. den Anteil öffentlich-geförderter und langfristig  
62 gemeinwohl-orientierter Wohnungen erhöhen. Um Spekulation einzudämmen, wollen  
63 wir das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht der Stadt ausweiten und kompromisslos  
64 durchsetzen, wenn private Käufer\*innen den Erhalt des Mietniveaus nicht  
65 vertraglich zusichern. Auch eine Vergesellschaftung mit Entschädigung  
66 entsprechend der Grundgesetzlichen Regelungen kann ein wirksames Instrument  
67 sein. Durch die Verpachtung im Rahmen von zeitlich befristeten Erbbaurechten  
68 kann neuer Wohnraum nach städtischen Vorstellungen und Bedarfen geschaffen  
69 werden, ohne dass die Stadt ihr Eigentum an städtischen Grundstücken verliert.

70 Um den sozialen Wohnungsbau in Köln schneller, effektiver und rechtssicher zu  
71 gestalten, halten wir es für notwendig und sinnvoll, mindestens eine neue, nicht  
72 profitorientierte städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, die auf  
73 kleinteiligere und schnell umzusetzende Architektur setzt.

## 74 3. Mietpreise stabilisieren

75 Wir benötigen mehr niedrigpreisigen und preisgedämpften Wohnraum in Köln.  
76 Vorrangiges Ziel ist deshalb, ab der kommenden Wahlperiode jährlich mehr  
77 sozialgebundene Wohnungen zu bauen als aus der Sozialbindung herausfallen. Dafür  
78 streben wir eine Weiterentwicklung des "Kooperativen Baulandmodells" an, mit 40%  
79 sozialgebundenem und 30% preisgedämpftem Wohnraum sowie einer Sozialbindung über  
80 die derzeitige gesetzliche Mindestdauer hinaus. Darüber hinaus fordern wir auf  
81 Bundesebene die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die eine  
82 unbefristete Sozialbindung ermöglicht.

83 Wir brauchen überall verbindliche und rechtssichere Mietspiegel, die die  
84 vergangenen 10 Jahre und auch Bestandsmieten berücksichtigen, um ein reales Bild

85 der Mieten im jeweiligen Stadtteil abzubilden. Auch eine funktionierende, auf  
86 Dauer angelegte Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher halten wir für dringend  
87 notwendig, um das Mietniveau zu stabilisieren. Insbesondere den Mietwucher bei  
88 möblierter Vermietung wollen wir eindämmen. Wir wollen Großstädte in die Lage  
89 versetzen, darüber hinaus effektive lokale Mietdeckel für Neubauten zu  
90 beschließen und Preiserhöhungen über der Inflationsrate in bestehenden Verträgen  
91 zu unterbinden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch prüfen, inwiefern das  
92 Schweizer Modell einer allgemein verbindlichen "Kostenmiete" auf Deutschland  
93 übertragbar ist. Dann würde die Miethöhe bei Neubauten nachvollziehbar aus den  
94 realen Finanzierungs- und Verwaltungskosten zuzüglich eines moderaten, z.B. am  
95 Zinsniveau oder der Lohnentwicklung orientierten Renditeaufschlages ermittelt  
96 und festgelegt.

97 Im Kampf gegen Luxussanierung und Spekulation stehen wir an der Seite der  
98 Mieter\*innen. Dafür werden wir in Köln das Instrument der sozialen  
99 Erhaltungssatzung (Milieuschutz) häufiger und frühzeitiger anwenden. Bei  
100 Wohnungsmodernisierungen wollen wir darüber hinaus das Mitbestimmungsrecht der  
101 Mieter\*innen stärken und die Umlagemöglichkeit der Sanierungskosten verringern  
102 sowie zeitlich strecken, um unangemessene Härten zu vermeiden. Außerdem wollen  
103 wir die bundesgesetzlichen Grundlagen schaffen, damit es im Rahmen eines  
104 Wohnungstausches - bei gewahrter Bonität - keine Mieterhöhung für die jeweilige  
105 Wohnung geben darf.

106 Zudem muss das Wohngeld so erhöht werden, dass ein Abrutschen in den  
107 Grundsicherungsbezug vermieden wird.

#### 108 4. Lebenswert wohnen

109 Wir Kölner\*innen brauchen unkommerzielle Freiräume für lebendige (Sub-)Kultur  
110 statt steriler Quartiere aus Glas und Stahl. Räume für alternative Clubs und  
111 Initiativen wie z.B. das Autonome Zentrum müssen daher erhalten bleiben und  
112 gefördert werden.

113 Grünflächen bedeuten Lebensqualität und Räume für Mensch und Tier. Wir fordern  
114 daher, neue Grünflächen in Köln zu schaffen und bestehende zu erhalten.  
115 Förderkonzepte der Stadt Köln wie „Grün hoch 3“ sind ein guter Anfang zur  
116 Stadtbegrünung, müssen aber stärker öffentlich beworben und ausgebaut werden;  
117 zudem muss die Stadt Köln aktiv Raum für innovative Konzepte wie Urban Gardening  
118 und Urban Farming schaffen, damit diese ein fester Bestandteil jedes Veedels  
119 werden.

120 Extreme Hitzesommer werden die Regel, daher müssen Betonwüsten durch mehr  
121 Wasserflächen, pflegeleichte Dach-, Fassaden- und Flächenbegrünung aufgebrochen  
122 werden. Die daraus resultierende Beschattung und Verdunstungskühle machen das  
123 Leben in der Stadt erträglicher. Folglich ist auch ordnungsrechtlich dagegen  
124 vorzugehen, wenn Flächen, die laut Baugenehmigung als Grünflächen ausgewiesen  
125 sind, durch Pflasterung oder Schotter verschlossen werden.

126 Bestehende Freiluftschnitten müssen gewahrt und neue geschaffen werden; die  
127 Verwendung wärmeabstrahlender Baumaterialien ist eine weitere notwendige  
128 Maßnahme, um Hitzesommer für Kölner erträglicher zu machen. Die begonnene  
129 Installation von Trinkwasserbrunnen in Köln wollen wir flächendeckend  
130 fortsetzen.

- 131 Zum lebenswerten Wohnen gehört in heutigen Zeiten auch digitale Infrastruktur.  
132 Wir fordern eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in ganz Köln!

### 133 5. Flächen besser nutzen

134 Unser Ziel ist es, unnötige Versiegelung zu vermeiden, denn die Flächen in Köln  
135 sind endlich und der Kurs des unbegrenzten Wachstums der Stadt kann kein  
136 Zukunftsmodell sein. Um mittelfristig eine Netto-Null-Flächenneuversiegelung auf  
137 das ganze Land NRW bezogen zu erreichen, streben wir ein sozial gerecht  
138 gestaltetes, interkommunales Ausgleichsmodell an. Deshalb setzen wir auch  
139 vorrangig auf Nachverdichtung (z.B. Baulückenschließung/Dachgeschossausbau)  
140 sowie Wohnungsbau auf bereits versiegelten Flächen wie Bahnbögen und ehemaligen  
141 Industriegeländen. Für die Aufstockung existierender Wohnhäuser haben wir auf  
142 Bundesebene bereits ein Förderprogramm vorgeschlagen. Wir wollen ungenutzten  
143 Wohnraum effektiver nutzen, indem wir Anreize für Untervermietung an  
144 Wohnungssuchende schaffen. Das Überbauen von Parkplätzen, Straßen, Gleisen oder  
145 auch freistehenden Autohäusern und Supermärkten bietet weitere Potenziale, die  
146 wir in Köln dringend nutzen sollten.

147 Ob kleinere Wohneinheiten oder Tiny Houses an besonderen Standorten, in einer  
148 wachsenden Großstadt wie Köln ist "Downsizing" das Gebot der Stunde. Deshalb  
149 wollen wir innovative Wohnformen wie Rentner\*innen-WGs sowie gemeinschaftliche  
150 Nutzungskonzepte  
151 fördern. Dazu müssen Wohnkomplexe auch baulich flexibler angelegt werden, um  
152 flächeneffektive Nutzungsänderungen zu ermöglichen.

153 Wir wollen existierende Höhenbegrenzungen auf den Prüfstand stellen und brauchen  
154 dafür eine höhere differenzierte Mindesttraufhöhe für Neubauten! Bei  
155 Bebauungsplänen in Köln werden wir auf absehbare Zeit dem Bau neuer Einfamilien-  
156 (Reihen-)Häuser aufgrund ineffizienter Flächennutzung nicht mehr zustimmen.  
157 Unter strengen ökologischen Auflagen und nach sorgfältiger Prüfung der  
158 klimatischen Auswirkungen, wollen wir dem Bau neuer Hochhäuser dagegen nicht  
159 grundsätzlich im Wege stehen. Hierbei gilt es, die Fehler der Vergangenheit zu  
160 vermeiden und sozialverträgliche Konzepte mit Mischnutzung zu entwickeln.

### 161 6. Flächen umverteilen

162 Der begrenzte Platz innerhalb der Stadt muss vorrangig für Wohnraum genutzt  
163 werden, der, wo immer möglich, durch gewerbliche Erdgeschoss-Nutzungen ergänzt  
164 wird. Der Flächenbedarf für Parkplätze und den motorisierten Individualverkehr  
165 gehört  
166 dringend auf den Prüfstand. So ist z.B. die Stellplatzordnung großzügiger zu  
167 Gunsten von mehr Wohnraum anzuwenden, damit die Schaffung von mehr Wohnungen  
168 oder Wohneinheiten nicht am Mangel an Parkplätzen scheitert.

169 Wir wollen konsequenter gegen gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen  
170 und die Verwaltung in die Lage versetzen, Verstöße mit ausreichend Personal  
171 effizient zu verfolgen und auch rückwirkend zu ahnden. Dabei ist der durch die  
172 Wohnraumschutzsatzung mögliche Strafraum konsequent anzuwenden. Dies gilt  
173 insbesondere für die dauerhafte Zweckentfremdung als Ferienwohnung z.B. über  
174 Airbnb. Daher wollen wir auf die Landesregierung einwirken, die gesetzlichen  
175 Voraussetzungen für eine Registrierungspflicht und deutlich höhere  
176 Strafzahlungen in Wohnraumschutzsatzungen zu schaffen.

177 Um den knappen Wohnraum optimal zu nutzen, muss die Stadt sich stärker bemühen,  
178 Wohnraumtausch zu fördern und attraktiver zu machen, so dass z.B. wachsende  
179 Familien ihre zu eng werdenden Wohnungen mit älteren Personen, die mittlerweile  
180 allein in größeren Wohneinheiten leben, tauschen können. Zudem sollen vorhandene  
181 sozialgebundene Wohnungen von den Menschen genutzt werden, die wirklich darauf  
182 angewiesen sind. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung einer möglichst  
183 unbürokratischen Fehlbelegungsabgabe.

#### 184 7. Gemeinwohlorientiert bauen

185 Wir setzen uns für eine Wohnungsbaupolitik ein, die das Gemeinwohl an erster  
186 Stelle sieht und nicht die Größe des Geldbeutels! Wir wollen daher die  
187 Orientierung am Gemeinwohl zum unverhandelbaren Vergabekriterium für neues  
188 Bauland machen. Darüber hinaus wollen wir Wohnungsgenossenschaften und andere  
189 gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen steuerlich fördern, wenn diese sich  
190 zur Einhaltung sozialer Mindestkriterien verpflichten. So soll dafür gesorgt  
191 werden, dass langfristig 50% der Neubauten durch die Stadt, Genossenschaften  
192 oder andere gemeinwohlorientierte Gesellschaften geschaffen werden.

193 Bei Neubauten unterstützen wir gemeinschaftliche, gemischte und integrative  
194 Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenhäuser und Wohngruppen) weiterhin durch die  
195 bevorzugte Vergabe von Grundstücken, Beratung und Fördermitteln! Dafür wollen  
196 wir Experimentierräume schaffen. Zudem ist bei Neu- und Umbauten stets auf  
197 Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit der Wohnungen zu achten.

198 Gemeinwohlorientiertes Bauen heißt auch nachhaltiges Bauen: weg vom Betongold  
199 hin zu klimaschonenden Bauweisen und erneuerbaren Ressourcen! Mit dem Einsatz  
200 von innovativen, nachhaltigen Baustoffen und Bauteilen (insbesondere Holz, u.a.  
201 auch Lehm, etc) können wir die CO<sub>2</sub>-Belastung deutlich senken. So wird auch der  
202 Lebenszyklus eines Gebäudes verlängert und sichergestellt, dass im Falle eines  
203 Rückbaus die verwendeten Materialien eine Wiederverwertung erfahren. Des  
204 Weiteren soll durch  
205 energieeffiziente Architektur, geeignete Dämmung und nachhaltige  
206 Heiztechnologien der Gesamtenergiebedarf minimiert, und so die verursachten  
207 Heiz- und Stromkosten gesenkt werden.

208 Wir setzen uns für eine Förderung von Plus-Energiegebäuden ein. Dabei sollte die  
209 Energiegewinnung, zum Beispiel durch Photovoltaik, durch die Bewohner\*innen  
210 gemeinschaftlich organisiert werden. Dies senkt die Nebenkosten. Das gilt auch  
211 für die verstärkte Nutzung von Regenwasser, mit der Ressourcen geschont und  
212 Kosten gesenkt werden können. Langfristig streben wir die autonome Versorgung  
213 von Wohnungen und Häusern an. Städtische Gebäude sollen hier voran gehen.

#### 214 8. Mehr Wohnraum schaffen

215 Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist ein zentrales Ziel grüner  
216 Stadtplanung. Deshalb können wir auf den Neubau von Wohnhäusern nicht verzichten  
217 und müssen hierfür auch in ausreichendem Maße neue Bauflächen ausweisen, soweit  
218 dies naturschutz- und klimapolitisch vertretbar ist. Die Konzeption völlig neuer  
219 Wohngebiete oder sogar Stadtteile auf zuvor gewerblich genutzten Flächen kann  
220 notwendig sein, um den kontinuierlichen Zuzug nach Köln aufzufangen. Dabei sind  
221 die für unsere Stadt notwendigen Frischluftschneisen zu beachten!

222 Wir müssen auch das Tempo erhöhen, indem wir Vergabe- und Planungsverfahren  
223 durch weitestgehende Digitalisierung und Parallelisierung straffen, sowie die

224 zuständigen Behörden mit ausreichend qualifiziertem Personal ausstatten. Die  
225 Stadt soll zudem im Interesse einer Beschleunigung ihre Ermessensspielräume bei  
226 der Auslegung einzelner Bauvorschriften nutzen. Dem bestehenden Mangel an  
227 Kapazitäten und Fachkräften in der Bauindustrie wollen wir durch  
228 Fördermaßnahmen, Umschulungen und einer engen Kooperation mit IHK, JobCenter,  
229 Handwerkskammern und Bauunternehmen entgegen wirken. Eine modulare Bauweise  
230 sollte bei der Planung von Bauprojekten als beschleunigender und kostensenkender  
231 Faktor vermehrt berücksichtigt werden.

232 Eigentum verpflichtet, das gilt auch für ausgewiesene Wohnungsbauflächen.  
233 Untätige Grundstücksbesitzer\*innen müssen konsequent über Bußgelder zur zügigen  
234 Einhaltung des Bebauungsplans gezwungen werden. Als letztes Mittel schließen wir  
235 auch eine Rekommunalisierung nicht aus.

236 Im Rahmen einer reformierten Grundsteuer wollen wir Anreize zur maximalen  
237 Flächenausnutzung schaffen. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf nicht-  
238 gewerbliche Mieten wollen wir abschaffen.

## 239 9. Wohnungssuchende & Mieter\*innen stärken

240 Alle Menschen müssen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Der diskriminierenden  
241 Auswahlpraxis durch manche Vermietende wollen wir ein Ende bereiten und das  
242 Stellen unzulässig invasiver Fragen, wie z.B. nach der sexuellen Orientierung,  
243 empfindlich sanktionieren. Hierfür soll die Stadt eine Clearingstelle  
244 einrichten. Um auch besonders schwer vermittelbaren Wohnungssuchenden eine  
245 Chance zu geben, muss die Stadt Köln im Wohnungsbestand Belegungsrechte  
246 aufkaufen und sich bei Neubauprojekten vertraglich zusichern lassen. Bereits  
247 obdachlosen Menschen wollen wir in Köln durch bedingungslose Bereitstellung von  
248 Wohnraum ("Housing First") auf freiwilliger Basis zurück in ein menschenwürdiges  
249 und selbstbestimmtes Leben verhelfen. Denn mit einem festen Wohnsitz können sie  
250 ihre anderen Probleme besser angehen.

251 Eine Wohnung wird für viele auch zu einer "neuen Heimat". Deshalb brauchen wir  
252 durchsetzungsfähige und stärker öffentlich geförderte Verbände zum  
253 Mieter\*innenschutz. Nebenkostenabrechnungen müssen transparenter werden und  
254 Kündigungen schwerer, u.a. durch längere Fristen und die Möglichkeit, den  
255 Verlust der Wohnung durch Nachzahlung der offenen Mieten zu verhindern. Das  
256 Herausmobben durch vorgetäuschten Eigenbedarf und bewusst herbeigeführte  
257 Verwahrlosung sollten wir mit empfindlichen Bußgeldern eindämmen.

258 Wir fordern, dass Mietende ein Vorkaufsrecht für ihre Wohnungen bekommen und  
259 dazu mit staatlichen Beratungsangeboten unterstützt werden. Dabei wollen wir mit  
260 zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Mietshäuser Syndikat kooperieren. So  
261 halten wir auch Investor\*innen fern, die nicht an einer sozialen und  
262 ökologischen Stadtentwicklung interessiert sind.

## 263 10. Schlussbemerkungen

264 Nicht all diese Lösungsansätze werden in Köln entschieden. Einige wurden bereits  
265 von engagierten GRÜNEN im Rat und in den Bezirksvertretungen auf den Weg  
266 gebracht und können bei einem guten Kommunalwahlergebnis 2020 beschleunigt  
267 werden. In NRW und im Bund braucht es dafür völlig andere Mehrheitsverhältnisse!

268 Mit diesem Positionspapier wollen wir einen Impuls für die wohnungspolitische  
269 Diskussion in unserer gesamten Partei und unserer Stadt setzen. Wir laden dazu

270 alle im Bau- und Wohnungsbereich aktiven Unternehmen, Genossenschaften und  
271 Verbände zu einem konstruktiven Dialog ein!

272 Antragsteller\*innen: Marc Kersten, Heike Havermeier, Anna Kipp, Maximilian Ruta,  
273 Pete Ruther, George Heidbrink sowie Roland Schwarz, Christian Cranz, Bert  
274 Lahmann, Michael Kutzera, Luisa Schwab, Frank Hauser sowie Arndt Klocke, Sven  
275 Lehmann und Frank Jablonski.